

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Michael Esendiller,  
Nicole Höchst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/28797 –**

### **Untersuchung zur Bedrohung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen umgehend durchführen**

#### **A. Problem**

An den Universitäten in Deutschland herrscht ein von selbsternannten Wächtern sogenannter politischer Korrektheit geschürtes Klima der Repression und Einschüchterung, das wissenschaftliche Diskurse erschwert und verhindert und somit die Freiheit der Wissenschaft bedroht. Dies zeige sich daran, dass es seit einigen Jahren an den Hochschulen und Universitäten in Deutschland immer wieder zu Vorfällen kommt, die das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit infrage stellen. Verschiedene Vortragende wurden in der Vergangenheit aufgrund ihrer Meinungen an Vorträgen an Universitäten gehindert. Nach Meinung des Deutschen Hochschulverbandes erodiert die Debatten- und Streitkultur an den Hochschulen aufgrund des Strebens nach Toleranz im Sinne einer „political correctness“. Dies gefährdet die wissenschaftliche Freiheit und hat negative Auswirkungen auf das internationale Renommee deutscher Hochschulen.

#### **B. Lösung**

Um den Bedrohungen von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit entgegenzuwirken, soll eine Untersuchung initiiert werden, die erforschen soll, welcher Art diese Bedrohung ist und welche Gegenmaßnahmen einzuleiten sind. Eine solche Untersuchung zur Bedrohung von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland ist auch das richtige politische Signal, um die Attraktivität des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes Deutschland zu sichern.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/28797.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/28797 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Katrin Staffler**  
Berichterstatterin

**Dr. Wiebke Esdar**  
Berichterstatterin

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-  
Neckar)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Katrin Staffler, Dr. Wiebke Esdar, Dr. Götz Frömking, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Petra Sitte und Kai Gehring**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/28797** in seiner 224. Sitzung am 22. April 2021 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n**

An den deutschen Hochschulen erodiert nach Ansicht der Fraktion der AfD wegen eines Meinungsklimas, das aufgrund des Strebens nach Toleranz „political correctness“ fordere, die Debatten- und Streitkultur. Das Grundrecht zur Wissenschaftsfreiheit werde durch Auftritts- bzw. Redeverbote insbesondere für Gastvortragende immer wieder infrage gestellt. An den Universitäten in Deutschland herrsche ein von selbsternannten Wächtern sogenannter politischer Korrektheit geschürtes Klima der Repression und der Einschüchterung, das wissenschaftliche Diskurse erschwere und verhindere und somit die Freiheit der Wissenschaft bedrohe. Verschiedene Vorfälle zum Beispiel an der Universität Hamburg, an der Parteivorsitzende einer Bundestagspartei mit Verweis auf seine parteipolitische Ausrichtung keine Erlaubnis für einen Vortrag erhalten habe, Wissenschaftler von Störern behindert wurden oder Todesdrohungen gegen Islamwissenschaftler von Mitgliedern arabischer Clans ergangen seien, seien nur einige Beispiele für die Bedrohung eines freien wissenschaftlichen Austauschs. So könne an deutschen Universitäten im Einzelfall weder über Islam noch über Ausländerkriminalität gesprochen werden.

Die grundgesetzlich gesicherte Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit sei so bedroht wie nie zuvor. So wandten sich bis zu 50 Prozent von an der Goethe-Universität Frankfurt befragte Studierende – Politologie- und Soziologiestudenten – entschieden dagegen, dass Menschen mit kontroversen Standpunkten überhaupt an Universitäten reden dürfen. Einige waren der Meinung, dass Bücher unbequemer Andersdenker aus der Universitätsbibliothek verbannt und diese Andersdenker an ihrer Lehrtätigkeit gehindert werden sollten.

Dies behindere die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, die insbesondere Triebfedern für eine offene wissenschaftliche Forschung und Innovation und daher ein wesentlicher Garant für wirtschaftliches Wachstum und den Wohlstand in Deutschland seien. Forschungsergebnisse zum Beispiel in den Biowissenschaften seien heute vielgestaltiger interpretierbar und berührten zum Teil grundsätzliche ethische Fragen. Die Kultur einer Diskusverweigerung und Ausgrenzung an Universitäten und Hochschulen führe zu einer Bedrohung oder gar Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Dies wirke sich auch auf die Anziehungskraft ausländischer Fachkräfte oder in der Forschung tätige Unternehmen aus, sich in Deutschland niederzulassen.

Wenn die Universitäten und Hochschulen nicht mehr ihrer Rolle als herausragende Vermittlungsinstanzen für demokratische Werte gerecht würden, würden Studierende, die in ihrem späteren Leben Führungs- oder sogar Spitzenpositionen in Gesellschaft und Staat bekleideten in einer wichtigen Phase ihrer Persönlichkeitsentwicklung von dem Eindruck geprägt, dass es nur eine akzeptable Meinung gebe und zwar diejenige, die von dem jeweils anerkannten beziehungsweise führenden Gruppierungen/Organisationen vertreten werde. Dies habe langfristig ebenfalls negative Folgen auf die Debattenkultur in der gesamten Gesellschaft.

Die Bedrohung von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit solle durch eine Untersuchung aufgearbeitet werden, die herausfinden solle, welche Art diese Bedrohung sei und welche Gegenmaßnahmen dazu einzuleiten wären. Eine solche Untersuchung wäre gerade mit Blick auf ähnliche Entwicklungen im Ausland das richtige politische Signal, um die Attraktivität des Forschungs- und Wissenschaftsstandorts Deutschland zu sichern.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung auf,

1. umgehend einen Forschungsverbund zu berufen, der bundesweit eine Studie zur Bedrohung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen erstellt;
2. den Forschungsverbund und die Studie aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu finanzieren;
3. die Ergebnisse der Studie in geeigneter Form publik zu machen;
4. im Falle einer Bedrohung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen zusammen mit der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) geeignete Maßnahmen zu beraten und zu ergreifen, um diese Bedrohung abzuwenden;
5. mit Blick auf die jüngsten Angriffe auf die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in der Europäischen Union, etwa in Frankreich, sich im Rat der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass eine Untersuchung zur Wissenschaftsfreiheit auf europäischer Ebene ins Werk gesetzt wird;
6. sich ferner dafür einzusetzen, dass die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit überall in der Europäischen Union gewahrt und verteidigt wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/28797 in seiner 153. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/28797 in seiner 74. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/28797 in seiner 73. Sitzung am 19. Mai 2021 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 19. Mai 2021

**Katrin Staffler**  
Berichterstatlerin

**Dr. Wiebke Esdar**  
Berichterstatlerin

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatler

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)**  
Berichterstatler

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatlerin

**Kai Gehring**  
Berichterstatler





